

Tages-Anzeiger

Donnerstag
19. September 2019

127. Jahrgang Nr. 217
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Kindergerecht

Orte in Zürich, wo der Nachwuchs glücklich ist. Eine Auswahl.
Züritipp

Ladegeräte

Ohne sie geht heute gar nichts mehr. Was diese Abhängigkeit mit uns macht. Ein Essay.
31



Feuersbrunst

Wo es wann auf dem Planeten brennt und warum. Eine Chronik.
38

Kinderkrippen: Qualitätsstandards sollen fallen



Betreuung Der Kantonsrat hat den Regierungsrat beauftragt, die Qualitätsstandards für Krippen «zu reduzieren, zu flexibilisieren – oder ganz darauf zu verzichten». Doch welche Kriterien sind unabdingbar für das Wohlergehen von 0- bis 5-Jährigen? **Kommentar Seite 2, Bericht Seite 4**

Geflüchtete überrennen Rotes Kreuz

Asylfürsorge Seit der Kanton Zürich die Hilfe für vorläufig aufgenommene Ausländer um rund 30 Prozent gekürzt hat, sieht sich die SOS-Beratungsstelle des Roten Kreuzes einem Ansturm von Betroffenen gegenüber, die um Beratung und finanzielle Unterstützung bitten. Binnen einem Jahr verdoppelte sich die Zahl der Dossiers von rund 250 auf über 500. Das Rote Kreuz sah sich deshalb gezwungen, den Zugang zu den Leis-

tungen einzuschränken. Dennoch nimmt die Nachfrage nicht ab. Vor allem Familien kämen kaum noch über die Runden, so das Rote Kreuz.

Verheerend sei, dass etliche Gemeinden nicht nur den Grundbedarf, sondern auch Leistungen wie Sprachkurse gekürzt hätten. Das gefährde die Integrationsziele des Bundes. Das Hilfswerk appelliert deshalb an die Politik, das Gesetz anzupassen. (leu) Seite 17

Kommentare & Analysen

«Der Entscheid zeigt den Vormarsch der Bevormunder in der Politik.»

Dominik Feusi
Der Wirtschaftsredaktor über das Verbot von Tabakwerbung. Seite 2

Verbot für Pilatus in Saudiarabien wackelt

Kriegsgüter Der Flugzeugbauer erringt vor Gericht einen Etappensieg: Er muss seine Leute vorläufig doch nicht aus der Krisenregion abziehen.

Fabian Fellmann

Die Pilatus Flugzeugwerke dürfen vorerst weiter für die Luftwaffen von Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten arbeiten. Das Bundesverwaltungsgericht hat einer Beschwerde der Nidwaldner Firma gegen ein Tätigkeitsverbot des Aussendepartements (EDA) aufschiebende Wirkung gewährt. Ein Sprecher des Gerichts bestätigt auf Anfrage entsprechende TA-Informationen.

Das EDA hatte Pilatus am 25. Juni eine Frist von 90 Tagen gesetzt für den Rückzug aus den beiden Ländern. Die Flugzeugwerke hätten ihre Mitarbeiter bis Anfang der kommenden Woche abberufen müssen. Vorsorglich hatte das EDA dabei auch einer Beschwerde aufschiebende Wirkung entzogen. Das Bundesverwaltungsgericht hat Letzteres nun mit einer Zwischenverfügung gekippt.

Pilatus kann seine Geschäfte damit weiterführen bis zum Urteil, das in ei-

nigen Monaten zu erwarten ist. Dieser Zeitgewinn ist für das Unternehmen entscheidend. In der Wintersession dürften im Parlament breit abgestützte Vorstösse beraten werden, mit denen bürgerliche Politiker Pilatus zu Hilfe eilen. Der Nidwaldner FDP-Ständerat Hans Wicki sagt, wenn seine Motion angenommen werde, «muss das ein Signal sein für das Bundesverwaltungsgericht bei der Entscheidung im hängigen Fall Pilatus».

USA verschärfen Sanktionen

Nach den Angriffen auf wichtige Öleinrichtungen in Saudiarabien hat gestern ein Militärsprecher des Königreichs den Iran für die Attacken mitverantwortlich gemacht. Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Raketen nicht aus dem Jemen abgefeuert worden, sondern aus dem Norden gekommen seien. US-Präsident Donald Trump kündigte derweil an, die Sanktionen gegen den Iran «bedeutend zu verstärken». Seite 5, 7

US-Notenbank senkt die Leitzinsen erneut

Geldpolitik Um einen Konjunkturerbruch zu verhindern, hat die US-Notenbank Fed den Leitzins zum zweiten Mal in Folge um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Der Leitzins liegt nun in der Spanne von 1,75 bis 2,00 Prozent, wie die Federal Reserve gestern mitteilte. Die Entscheidung war im Gremium allerdings umstritten. Die erneute Zinssenkung soll der sich abkühlenden US-Wirtschaft neuen Schwung geben. Zudem signalisiert das Fed damit, dass es zu handeln bereit ist, falls sich der Konjunkturausblick weiter verdüstert. US-Präsident Donald Trump kritisierte nach dem Entscheid die Notenbank und ihren Chef Jerome Powell scharf. «Kein Mut, kein Sinn, keine Vision. Ein schrecklicher Kommunikator», schrieb er auf Twitter. (sda) Seite 10

50 Franken für alle – dank Flugticketabgabe

CO₂-Gesetz Wenn nächste Woche der Ständerat einen neuen Anlauf für ein CO₂-Gesetz nimmt, wird auch eine Flugticketabgabe wieder zum Thema. Die beratende Kommission möchte eine Abgabe zwischen 30 und 120 Franken – je nach Distanz und Klasse. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) rechnet mit Einnahmen von circa 1 Milliarde Franken pro Jahr, 510 Millionen davon werden wieder verteilt, der Rest fliesst in einen Klimafonds. Unveröffentlichte Zahlen des Bafu zeigen nun, dass die Rückverteilung pro Person rund 50 Franken im Jahr beträgt. Eine vierköpfige Familie, die einmal pro Jahr fliegt, erhält also 200 Franken pro Jahr zurück, womit ihre Mehrkosten für die Abgabe bereits mehr oder weniger kompensiert sind. (sth/los) Seite 3

ANZEIGE



SO!

**100 JAHRE
WOHNBAUGENOSSENSCHAFTEN
ZÜRICH**

**WIE WOLLEN WIR
WOHNEN?**

**Ausstellung,
Debatten & Feste
19.9.2019 – 31.1.2020
im ZAZ Bellerive**

**Mehr Infos:
genossenschaft-bellerive.ch**

Medienpartner:
Tages-Anzeiger



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

| | | | |
|---------------|----|--------|----|
| Leserbriefe | 15 | Rätsel | 36 |
| TV/Radio | 24 | Wetter | 37 |
| Todesanzeigen | 26 | | |